



München, 06. Juli 2022

Bauernpräsident Heidl/Umweltpräsident Köhler:

„Drei Jahre nach Volksbegehren: Nur Bayerns Bauern liefern mehr Biodiversität“

Bayerischer Bauernverband zur Umsetzung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“

Vor knapp drei Jahren, am 17. Juli 2019, hat der Bayerische Landtag das Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“ angenommen. Zu seiner Umsetzung bilanzieren der Präsident des Bayerischen Bauernverbands Walter Heidl und der BBV-Umweltpräsident Stefan Köhler:

Präsident Heidl:

„Bayerns Bäuerinnen und Bauern arbeiten jeden Tag in und mit der Natur. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für die Artenvielfalt, vielfach entsteht erst durch ihre Arbeit Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Die neuen Vorgaben und Regeln wirken sich direkt auf die Arbeit und Wirtschaftsweise der bäuerlichen Familienbetriebe aus. Doch gesamtgesellschaftlich tut sich etwa bei den Themen Flächenverbrauch, Hausgärten, oder Naturschutz und Tourismus nach wie vor gar nichts. Wo bleibt der angekündigte Gesellschaftsvertrag? Wo bleibt die von Staatsregierung und Landtag zugesicherte Evaluierung?

Wir fordern den Landtag auf, komplizierte und bürokratische Regelungen wie beispielsweise das Walzverbot ab dem 15. März zu ändern. Hier könnte die Politik einen konkreten Beitrag zum Bürokratieabbau leisten. Sogar die Initiatorinnen und Initiatoren des Begehrens zweifeln die Sinnhaftigkeit dieser Regelung an.“

Umweltpräsident Köhler:

„Der Bayerische Bauernverband begrüßt die rückwirkende Umsetzung der Ausgleichsregelung für Gewässerrandstreifen seit 2020. Auch hier sehen wir, dass erfolgreicher Artenschutz nur dann gelingen kann, wenn er auf Augenhöhe mit den Landwirtinnen und Landwirte stattfindet.

Besonders deutlich wird das im kooperativen Umweltschutz. Jeder zweite Landwirtschaftsbetrieb in Bayern setzt auf 40 Prozent seiner landwirtschaftlichen Flächen besondere Maßnahme nach dem Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm und dem Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm um. Und zwar freiwillig. Dieses Engagement und diese Erfolge dürfen nicht durch realitätsferne gesetzliche Auflagen und pauschale Verbote für die Land- und Forstwirtschaft aufs Spiel gesetzt werden. Die Förderwürdigkeit solcher Maßnahmen muss unbedingt erhalten werden. Ich fordere

.../2

die Staatsregierung deshalb auf, das angekündigte Belastungsmoratorium für die Land- und Forstwirtschaft zeitnah umzusetzen.“